



# Bundesanwalt will nicht sparen

**KÜRZUNGEN** Wie die gesamte Verwaltung sollte auch die Bundesanwaltschaft kurzfristig etwa ein Prozent ihres Budgets einsparen. Doch sie legt sich quer und verweigert die Kürzung. Wird sie damit im Parlament durchkommen?

Das Parlament steht vor einer delikaten Frage. Im Juni müssen National- und Ständerat entscheiden, wie verbindlich sie ihre eigenen Budgetentscheide auch gegen Widerstand durchsetzen wollen. Stein des Anstosses sind die umstrittenen kurzfristigen Kürzungen, die das Parlament letzten Dezember verfügt hat. SVP, FDP und BDP haben die Mittel der Verwaltung insgesamt um knapp 130 Millionen Franken reduziert. Nun weigert sich aber eine Einheit der Verwaltung, den Sparbefehl umzusetzen. Bundesanwalt Michael Lauber präsentiert dem Parlament einen Nachtragskredit mit dem Ziel, dass seine Behörde vollumfänglich von den flächendeckenden Budgetkürzungen ausgenommen wird.

## Zahl der Stellen wächst

Um den Sparauftrag umzusetzen, müsste die Bundesanwaltschaft (BA) dafür sorgen, dass sie dieses Jahr für Personal, Informatik und externe Aufträge gut 700 000 Franken weniger ausgibt als ursprünglich geplant. Das entspricht bei Gesamtausgaben von 62 Millionen Franken einer Reduktion um 1,1 Prozent. Somit wären die Strafverfolger des Bundes in derselben Grössenordnung betroffen wie die anderen Verwaltungseinheiten. Viele Bundesämter setzen die Kürzungen um, indem sie vakante Stellen später oder gar nicht mehr besetzen (wir berichteten).

Die BA hingegen findet, bei ihr sei eine solche Kürzung schlicht

«nicht zu verantworten», wie sie zur Begründung des Nachtragskredits festhält. Sie habe immer zurückhaltend budgetiert und in den letzten vier Jahren keine Erhöhung verlangt, obwohl ihre Belastung mit immer mehr und komplexeren Fällen von Fifa bis Terrorismus stark zugenommen habe. Die BA musste nach eigener Darstellung bei Strafverfahren bereits «schmerzhafte Priorisierungen» vornehmen, um mit dem bestehenden Personal die wachsende Belastung aufzufangen.

Wobei anzufügen ist, dass die BA durchaus auch gewachsen ist. Die Zahl der Vollzeitstellen steigt gemäss dem Budget von 2015 bis 2017 von 199 auf 211. Und die Gesamtausgaben wachsen trotz der Kürzungen im Vergleich zum Vorjahresbudget immer noch um 720 000 Franken.

## Ferrari und Trottinett

Im Kampf ums Geld greift die BA auch zu drastischen Warnungen. Ihr Sprecher erklärte gegenüber SRF, die BA müsse mit veralteter Informatik weiterarbeiten, um die Kürzungen umzusetzen. Wörtlich: «Dann sind wir eben

«Dann kommen noch viele andere Ämter, die auch gern eine Sonderbehandlung wollen.»

Albert Vitali, FDP-Nationalrat

beim Bild des Verbrechens, das mit dem Ferrari unterwegs ist, und die Strafverfolgung ist auf dem Trottinett am Hinterherfahren. Ob man das will oder nicht, muss die Politik entscheiden.»

Frei übersetzt: Setzt das Parlament seinen Sparbeschluss durch, hilft es den Kriminellen.

Diese Argumentation kommt nicht überall gut an. «Ich bin überzeugt, auch die Bundesanwaltschaft könnte diese relativ geringfügige Kürzung problemlos umsetzen», sagt FDP-Nationalrat Albert Vitali (LU) auf Anfrage. Der Finanzpolitiker warnt, das Parlament schaffe ein heikles Präjudiz, wenn es das Vorgehen der BA akzeptiere. «Dann kommen beim nächsten Mal noch viele andere Ämter oder Behörden, die auch gerne eine Sonderbehandlung möchten.» Die FDP werde den Antrag ablehnen.

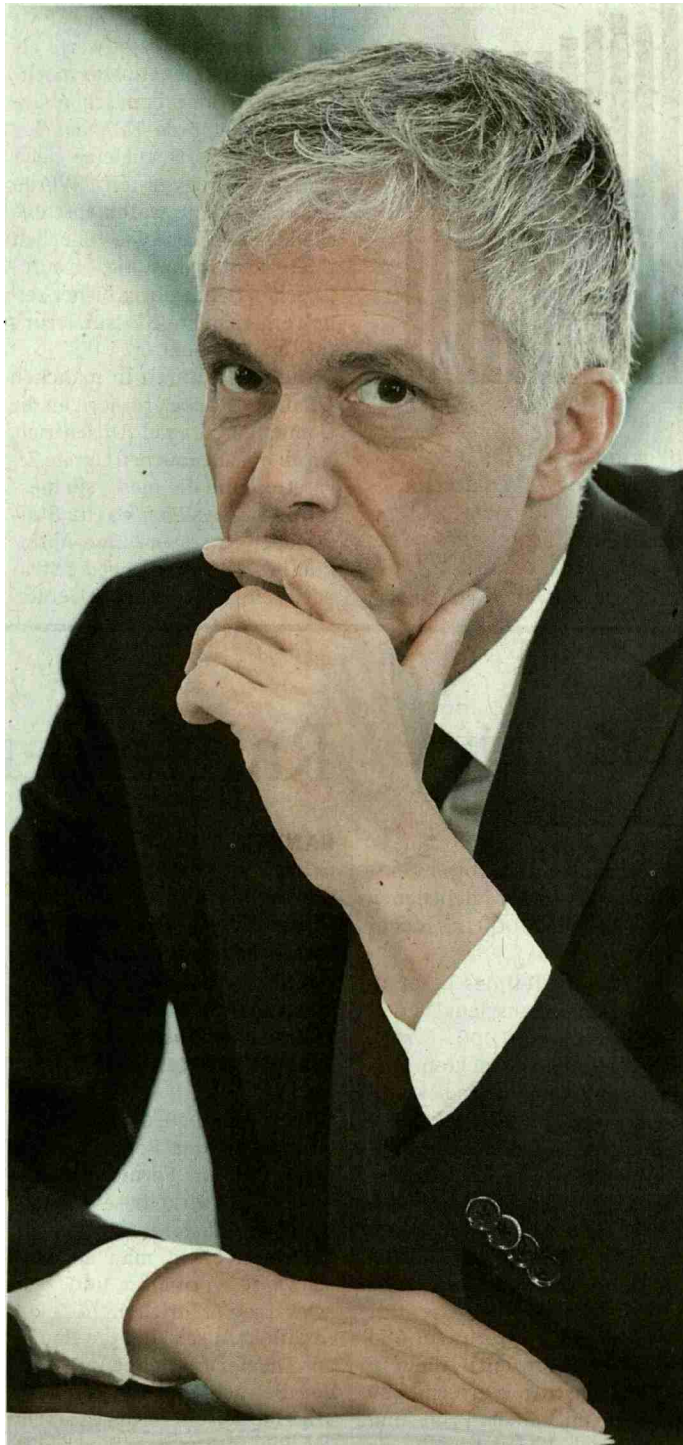
Skeptisch zeigt sich auch SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG). «Diese absolute Verweigerungshaltung kann ich nicht nachvollziehen.» Aeschi hätte erwartet, dass die BA wenigstens einen Teil der Kürzungen umsetzen würde. «Wenn das die anderen Behörden können, sollte das eigentlich auch für die Bundesanwaltschaft kein Problem sein.»

## Sonderstellung der Justiz

Nachzutragen bleibt, dass das Parlament nicht im Detail entschieden hat, welche Verwaltungseinheit wie viel sparen muss. Es legte nur die Gesamtsumme fest und überliess die Feinverteilung grosszügig dem Bundesrat. Dieser griff zum sprichwörtlichen Rasenmäher:



Im grossen Ganzen werden die Budgets der einzelnen Departemente und Ämter linear gekürzt. Der Bundesrat bezog dabei auch die Justiz ein, die ihm aber gar nicht unterstellt ist. Im Sinne der Gewaltentrennung verwalten die Gerichte und auch die Bundesanwaltschaft ihre Budgets selber. Dieser Unterschied ist im finanzpolitischen Verteilungskampf wesentlich, wie der vorliegende Fall zeigt. Während die Bundesämter an den aktuellen Sparauftrag gebunden sind, kann die BA vor dem Parlament selber um ihr Geld kämpfen. *Fabian Schäfer*



**Bundesanwalt Michael Lauber warnt das Parlament, Kürzungen bei ihm seien «nicht zu verantworten».**

Keystone